

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Max Chopard-Acklin
Rainstrasse 21
5415 Nussbaumen
www.max-chopard.ch



Bericht aus der Herbstsession 2014

Erste Woche: Völkerrecht, Krankenkassenaufsicht, Kinderkrippen, Fracking

Der Nationalrat hält nichts davon, die Bundesverfassung über das Völkerrecht zu stellen. Er lehnte eine entsprechende Parlamentarische Initiative aus der SVP ab. Ausgenommen worden wäre das „zwingende“ Völkerrecht (eine unklare Definition) gewesen. Genauso wie ich war auch eine klare Mehrheit der Ansicht, dass sich die Praxis der Schweiz, das Völkerrecht zu berücksichtigen, bewährt hat. Das Thema wird auch Gegenstand einer möglichen Volksinitiative sein, die die SVP ankündigte.

Die Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse hat sich auf jeden Fall gelohnt. Denn unabhängig vom Abstimmungsresultat hatte sie bereits im Vorfeld mehrere positive Auswirkungen. Beispielsweise bei den Beschlüssen zur Verbesserung des Risikoausgleichs oder bei der optimierten Bundesaufsicht über die Krankenkassen. Bei der obligatorischen Grundversicherung geht es um ein Geschäft im Umfang von rund 26 Milliarden Franken. „Bis heute fehlt eine ganze Reihe von gesetzlichen Grundlagen betreffend griffige Aufsicht.“ Hielt Bundesrat Berset im Rat fest. Künftig soll das Bundesamt für Gesundheit (BAG) Einblick in die Transaktionen zwischen Grundversicherern und anderen Unternehmensteilen erhalten. Die mit 139 zu 51 Stimmen verabschiedete Vorlage wird zu einer **Stärkung der Aufsicht über die Krankenkassen** führen, auch bei der Genehmigung der Prämien.

Die eidgenössischen Räte wollen die **Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder** weitere vier Jahre lang finanziell unterstützen. Damit stellt der Bund für Krippenplätze und Tagesschulen ab 2015 weitere 120 Millionen Franken zur Verfügung. Das Programm läuft seit 2003. Bisher konnten mit rund 300 Millionen Anschubfinanzierung gegen 43'000 neue Plätze für die Kinderbetreuung geschaffen werden. Die Nachfrage ist weiterhin hoch. Daher hatte sich die Bildungskommission des Nationalrats für eine Verlängerung ausgesprochen. Auch die SP und die BDP setzten sich engagiert dafür ein. Die SVP und ein Teil der FDP waren der Meinung, dass eine Förderung nicht mehr nötig sei. Das löste teilweise heftige Kontroversen aus. Schliesslich wurde nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative aus diesen Kreisen immer wieder gesagt, die Wirtschaft müsse ihren Arbeitskräftebedarf künftig halt vermehrt im Inland decken. Dies setzt aber voraus, dass auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird. Dazu gehören familienexterne Betreuungsstrukturen.

Nationalrat Lukas Reimann forderte in einer Motion, der Bundesrat solle sich wegen den Risiken für die Umwelt und das Trinkwasser auf internationaler Ebene gegen **Fracking-Pläne zur Gasgewinnung am Bodensee** einsetzen. Er hatte damit im Parlament mit 98 zu 68 Stimmen Erfolg. Auch ich stimmte zu.

Zweite Woche: Mehrere interessante Gewerkschaftsthemen im Rat

Das bestehende **Kartellgesetz wird nicht revidiert**: Der Nationalrat ist zum zweiten Mal nicht darauf eingetreten. SVP, BDP, Grüne und der Gewerkschaftsflügel der SP stellten sich dagegen. Die Revision war zu einseitig auf Konsumenteninteressen ausgelegt. Denn wer deutsche Konsumentenpreise auf dem schweizerischen Markt anstrebt, löst Lohndruck aus. Zudem stiessen die geplanten Restrektionen gegen Arbeitsgemeinschaften in Gewerbe- und Gewerkschaftskreisen auf Widerstand. Zudem sollten die Gewerbe- und die Gewerkschaftsvertreter, die den Arbeitsmarkt aus der Praxis kennen, aus der begleitenden Kartellkommission entfernt und durch sogenannte „Spezialisten“ ersetzt werden. So hatte das Gesetz keine Chance.

Der Schuss gegen die Sozialpartnerschaft von Nationalrat Thomas Aeschi (SVP) ging nach hinten los. Seine GAV-feindliche Motion fand keine Mehrheit. Er wollte das Quorum für die **Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen (GAV)** von heute üblicherweise 50% auf neu 75% aller Betriebe und 75% aller Arbeitnehmenden erhöhen, die organisiert sein müssten. Wirtschaftsminister Schneider-Ammann hielt dagegen, dass so nur noch wenige GAV allgemeinverbindlich wären.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss in Zukunft berücksichtigt werden, ob ein Unternehmen **Lehrlinge** ausbildet - sofern nicht internationale Verpflichtungen wie Staatsverträge dagegen sprechen. National- und Ständerat haben dem zugestimmt.

In einem Postulat forderte ich den Bundesrat auf, zu untersuchen - und zu berichten, inwiefern die heute mangelhafte **Durchsetzung der Dokumentationspflicht bei der Arbeitszeiterfassung** verbessert werden kann. Gemeint sind insbesondere Arbeitszeiten von weisungsgebundenen Arbeitnehmenden.

Fakt ist: Eine 2012 vom Seco publizierte Studie zeigt, dass 16,7 Prozent der Arbeitnehmenden ihre Arbeitszeit nicht erfassen, was dem schweizerischen Arbeitsrecht widerspricht. Diese und weitere Studien lassen zudem den Schluss zu, dass eine Wechselbeziehung zwischen fehlender Arbeitszeiterfassung, schlechteren Arbeitsbedingungen und verschiedenen Krankheitsbildern wie z. B. Burnout gegeben ist. **Da stellt sich doch die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, Arbeitszeiten zu kontrollieren, statt Burnouts zu kurieren.** Es ist bekannt, dass die Einhaltung von Arbeitszeiten, Pausen und Ruhezeiten schädlichen Wirkungen von Stress und psychischen Belastungen entgegenwirkt. Der totale Verzicht auf die Erfassung der Arbeitszeit und der damit oft verbundene Verzicht auf angemessene Kompensation bei Mehrarbeit können dagegen zu sogenannten Präsentismus, also zu überlangen Arbeitszeiten, führen. Das rächt sich. Die Gesundheit leidet, die Leistungsfähigkeit sinkt. Das ist auch nicht im Interesse der Arbeitgebenden.

Gerade wenn die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Privatleben poröser werden, ist eine saubere Erfassung der Arbeitszeiten wichtig. Sie ist auch bei flexiblen Arbeitszeitmodellen unbürokratisch umsetzbar. Zudem ist eine **zeitnahe und transparente Arbeitszeiterfassung für die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer gleichermassen von Vorteil**, da dadurch die Arbeitsleistung berechenbar und eben auch nachvollziehbar ist. Und: Die Arbeitszeit - und damit auch die Arbeitszeiterfassung - ist für das schweizerische Arbeitsrecht von enormer Bedeutung. Nicht zuletzt führt eine korrekte Arbeitszeiterfassung auch dazu, dass spätere arbeitsgerichtliche Auseinandersetzungen vermieden werden können.

Bundesrat Schneider-Ammann erklärte, das Problem sei bekannt und man sei daran, eine Lösung zu finden. Bis im Dezember 2014 müsse das Seco eine neue Lösung vorstellen, die sozialpartnerschaftlich mitgetragen werden kann. Daher brauche es das Postulat eigentlich nicht mehr. In der Folge lehnte der Rat dieses ab.

Dritte Woche: Alpenschutz, Energie- statt Mehrwertsteuer und Formel E

Trotz dem **Alpenschutzartikel** in der Bundesverfassung soll für rund 3 Milliarden Franken die zweite Gotthardröhre durchgedrückt werden. Damit gäbe es neu vier Spuren. Die zweite Spur pro Tunnel würde nur als Pannenstreifen dienen, sagen die Befürworter. Milliarden für eine zweite Röhre und massiv höhere Unterhaltskosten: Beides ohne Mehrwert für den Strassenverkehr? Wer`s glaubt. Der Druck, die zweite Spur zu öffnen, wird früher oder später dazu führen, dieses Versprechen zu brechen. Damit werden der Alpenschutzartikel und die Milliarden Investitionen in die NEAT untergraben. Alpenquerende Güter gehören auf die Bahn. Die SP wird mit anderen Organisationen das Referendum gegen die zweite Gotthard-Röhre ergreifen.

Das Anliegen der **Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“** klingt auf den ersten Blick sympathisch. Bei genauerer Betrachtung fällt diese Initiative aber durch. Die GLP verlangt mit der Volksinitiative, die Mehrwertsteuer durch eine Steuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern vollständig zu ersetzen. Die SP ist mit der GLP einig, dass die Verteuerung von nichterneuerbaren Energien steuernd wirken kann. Doch die GLP-Initiative hat einen fatalen Konstruktionsfehler: Sie macht die Staatsfinanzen ausgerechnet vom Verbrauch nicht erneuerbarer Energien abhängig. Wenn wir die Mehrwertsteuer durch Energiesteuern ersetzen, werden rund ein Drittel der Steuereinnahmen an den Konsum umweltschädlicher Energiequellen gebunden. Das heisst: Sobald sich die Menschen wie gewünscht verhalten würden und sich eine nachhaltigere Energieversorgung einstellen würde, würde die AHV leiden, würde die IV leiden, würde unser Staatsbudget massiv zusammenschrumpfen. Für die SP wäre stattdessen eine Lenkungsabgabe, die dann an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurückgegeben wird und nicht in den Staatshaushalt fliesst, ein gangbarer Weg. Die Volksinitiative „Energie-statt Mehrwertsteuer“ wurde mit 171 zu 27 deutlich abgelehnt. Auch der von der SP unterstützte Gegenvorschlag, in der Verfassung eine rechtliche Grundlage für eine Lenkungsabgabe auf nicht erneuerbarer Energie vorzusehen, die weitgehend zurückerstattet würde, fand keine Mehrheit.

Zur Energiewende gehört auch die Senkung des CO₂ Ausstosses. Eine grosse Rolle spielt dabei der Verkehr. Ich habe diese Session daher den Bundesrat eingeladen zu prüfen und zu berichten, inwiefern geeignete Rahmenbedingungen vorhanden sind oder geschaffen werden müssten, damit in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft die Schweiz als Austragungsort für Formel E Rennen genutzt werden könnte. Formel E Fahrzeuge haben einzig einen Elektroantrieb und produzieren keine Abgase. Es geht mir dabei um die Stärkung der Innovationskraft und der Forschung im Bereich der Elektromobilität. Ich bin überzeugt, **dass die Formel E die Elektromobilität technisch und imagemässig voranbringt** und damit auch eine Chance für unsere Wirtschaft und für die Umwelt darstellt. 80 Jahre nach der Elektrifizierung der Bahn sollten wir uns Gedanken machen über die Elektrifizierung der Strasse. Und zwar mit sauberem Strom aus erneuerbaren Energien.

Besuch im Bundeshaus

Besonders gefreut hatte ich mich der Besuch einer zehnköpfigen Gruppe aus dem Umfeld meines Wahlkomitees. Vor dem gemeinsamen Mittagessen in der „Galerie des Alpes“ des Bundeshauses erlebte die Gruppe eine Bundeshausführung und konnte während einer Stunde die Ratsdebatte live von der Tribüne aus verfolgen.

Max Chopard-Acklin, im September 2014